



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
21. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 10.09.2019	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:46 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD	bis 18:13 Uhr / TOP 3.1	
Thorsten Fürter- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis 19:39 Uhr / TOP 14.1	
Anka Grädner- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Birte Duggen	
Dagmar Hildebrand- CDU		
David Jenniches- AfD		
André Kleyer- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Ulrich Krause- CDU		
Thomas Misch- FREIE WÄHLER & GAL	bis 19:00 Uhr / TOP 3.6	
Oliver Prieur- CDU		
Thomas Rathcke- FDP		
Peter Reinhardt- SPD		
Bernhard Simon- CDU		
Detlev Stolzenberg- Die Unabhängigen		
Katjana Zunft- Die Linke		
Antje Jansen- FREIE WÄHLER & GAL	ab 19:00 Uhr / TOP 4.1 Vertretung für Herrn Misch	
Ingo Schaffenberg- SPD	ab 18:13 Uhr / TOP 3.1 Vertretung für Frau Schopenhauer	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller- BfL		
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Bruno Hönel- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	anwesend bis 18:50 Uhr / TOP 3.6	
Dr. Axel Flasbarth- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	anwesend bis 19:10 Uhr / TOP 3.1	
Christopher Lötsch- CDU	anwesend bis 18:36 Uhr / TOP 3.1	
Ulrich Pluschkell- SPD	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr	

Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau- FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen- FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen- FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth- 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tim Klüssendorf- 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.	
Markus Toll-	anwesend bis 19:29 Uhr / TOP 13.2
Tatjana Voskuhl- 1.300 Recht	
Aiko Wagner- 4.040 Fachbereichscontrolling FB 4	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Dennis Bunk- 5.651 Gebäudemanagement	anwesend bis 19:29 / TOP 13.2
Stefan Dr. Ivens- 1.101.4 Sul	anwesend bis 18:36 Uhr / TOP 3.1
Edgar Hamerich- Personalrat FB 1	anwesend bis 18:34 Uhr / TOP 3.1
Marion Höfs- FBC FB 2	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Ronny Hopp- 4.040 Fachbereichscontrolling FB 4	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Thomas Manke- Strategie und Innovation	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Mirjam Ohlsen- 4.040 FBC FB 4	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Elke Sasse- Frauenbüro	
Christian Schwandt- Geschäftsführender Theaterdirektor, Theater Lübeck gGmbH	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Melanie Wöhlk- 3.322 Melde- und Gewerbeangelegenheiten	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann- Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse-	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer-	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm- Seniorenbeirat	anwesend bis 19:29 Uhr / TOP 13.2
Jürgen Cladow- Seniorenbeirat	anwesend bis 19:29 Uhr / TOP 13.2
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Birte Duggen- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2019
3.	Beschlussvorlagen
3.1.	Haushaltsplan 2020 Vorlage: VO/2019/08082
3.2.	Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07877
3.3.	Haushaltsplan der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07933
3.4.	Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-WS-VT für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07966
3.5.	Haushaltsplan der Stiftung "Lübecker Altstadt" für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07978
3.6.	Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen Vorlage: VO/2019/08002
4.	Berichte
4.1.	Jahresbericht 2018 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/07973
4.2.	Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Maßnahmen des Konsolidierungskonzeptes 2012 - 2018 Vorlage: VO/2019/07992
4.3.	Beschaffung einer Software zur Modellierung von Verwaltungsprozessen Vorlage: VO/2019/07963
4.4.	2. Zwischenbericht 2019 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/08080
5.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
5.1.	Antwort auf die mdl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Ausgaben für Radwege

	Vorlage: VO/2019/07962
5.2.	Anfrage des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kostenloses kommunales W-Lan Vorlage: VO/2019/08119
5.3.	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zu bestehenden Mietverträgen der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/08132
5.4.	Anfrage des BM Antje Jansen: Kletterpark in Travemünde/auf dem Priwall Vorlage: VO/2019/08143
5.5.	Anfrage des stellv. AM Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd (2) Vorlage: VO/2019/08158
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.	Gleichstellung
9.	Verschiedenes
10.	Ende des öffentlichen Teils
16.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aufgrund der besonderen räumlichen Begebenheiten für die heutige Sitzung von der gewohnten Sitzungsordnung abgewichen wird.

Weiterhin weist der Vorsitzende darauf hin, dass am Eingang zum Bürgerschaftssaal eine Anwesenheitsliste ausliegt, in welche sich bitte alle anwesenden Mitglieder der Fachausschüsse eintragen mögen.

Der Vorsitzende kündigt an, dass nach der Beratung der Tagesordnungspunkte unter TOP 3 eine kurze Pause vorgesehen sei.

Anschließend weist der Vorsitzende darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

Öffentlicher Teil

TOP 5.3 VO/2019/08132

Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zu bestehenden Mietverträgen der Hansestadt Lübeck

TOP 5.4 VO/2019/08143

Anfrage des BM Antje Jansen: Kletterpark in Travemünde/auf dem Priwall

TOP 5.5 VO/2019/08158

Anfrage des stellv. AM Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd (2)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.

Herr Böhm beantragt die Teilnahme des Seniorenbeirates an der Beratung zu TOP 13.2. Der Vorsitzende modifiziert den Antrag dahingehend, dass eine Teilnahme des Seniorenbeirates an der Beratung zu TOP 13.2 ausschließlich für den Teil erfolgt, welcher die Senioreneinrichtungen betreffe. Der Vorsitzende lässt über den modifizierten Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2019
-------------	---

Die Niederschrift lag nicht zur Sitzung vor.

Der Hauptausschuss stellt die Genehmigung der Niederschrift zurück.

zu 3	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 3.1	Haushaltsplan 2020 Vorlage: VO/2019/08082
---------------	--

Der Vorsitzende verweist auf den umverteilten Ablaufplan zur Haushaltsberatung. Der Ablaufplan ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Weiterhin weist der Vorsitzende darauf hin, dass sachliche Nachfragen zugelassen seien, jedoch keine Diskussionen.

Die Haushaltsplanung 2020 wird durch Herrn Bürgermeister Lindenau und Herrn Uhlig anhand einer ppt.-Präsentation vorgestellt. Die ppt.-Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Eine Nachfrage von Frau Zunft betreffend die Prioritätenliste wird durch Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Es wird um Berichterstattung über jene Maßnahmen gebeten, die aus fachlicher Sicht erforderlich sind, aber nicht im Haushalt 2020 abgebildet wurden.

Es folgt eine Nachfrage von Herrn Fürter betreffend die Berücksichtigung des Klimaschutzes in der Prioritätenliste. Auch diese Nachfrage wird durch Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Im Anschluss an die Präsentation dankt Herr Bürgermeister Lindenau allen Mitarbeiter*innen und Kolleg*innen, die an der Aufstellung des Haushaltes 2020 mitgewirkt haben.

Es folgen Fragen gemäß dem vorliegenden Ablaufplan für folgende Bereiche:

a) Fragen zum Gesamthaushalt:

Eine Nachfrage von Herrn Simon betreffend die flexible Bewirtschaftung wird durch Herrn Uhlig beantwortet.

Herr Dr. Flasbarth bittet um eine Prognose für das Jahr 2019. Herr Uhlig verweist hierzu auf

den 2. Zwischenbericht für 2019, welcher der heutigen Sitzung unter TOP 4.4 vorliege.

Eine weitere Nachfrage von Herrn Dr. Flasbarth betreffend die Zinsquote, wird ebenfalls durch Herrn Uhlig beantwortet.

Zwei Nachfragen von Herrn Fürter betreffend die steigende Personalintensität werden durch Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Herr Uhlig beantwortet eine Nachfrage von Herrn Jenniches zur pro-Kopf-Verschuldung.

Herr Stolzenberg bittet um Mitteilung, ob eine Betrachtung vorgenommen wurde, welche zusätzlichen Belastungen aufgrund von obergesetzlichen Forderungen auf die Kommune zugekommen sind, insbesondere im Hinblick auf die Einführung des neuen Bundesteilhabegesetzes. Herr Uhlig verweist hierzu, auf die noch folgenden Ausführungen zu den Erstattungsquoten von Transferleistungen unter den Darstellungen zu den Finanzen des Fachbereiches 2.

b) Fragen zu Finanzen des Fachbereichs Bürgermeister:

Herr Fürter bittet um Mitteilung, welche Projekte der LHG beim Beteiligungscontrolling begleitet werden sollen. Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine Beantwortung zu.

Auf Nachfrage von Herr Prieur, wird der Begriff „dezentrales Personal“ durch Herrn Uhlig erläutert.

Eine Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die überproportionalen Veränderungen der Abschreibungen, insbesondere bei der Geschäftsführung der Verwaltungsleitung, wird durch Herrn Uhlig, sowie ergänzend durch Herrn Bürgermeister Lindenau, beantwortet.

Eine Nachfrage von Herrn Dr. Flasbarth betreffend die Aufgaben der Mitarbeiter*innen von Strategie und Innovation wird durch Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Weiterhin beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau eine Nachfrage von Herrn Prieur betreffend einen Bericht über die Umsetzung der personalpolitischen Eckpunkte.

c) Fragen zu Finanzen des Fachbereiches Wirtschaft und Soziales:

Herr Uhlig greift in den einführenden Worten zu den Finanzen des Fachbereiches 2 die von Herrn Stolzenberg unter den Ausführungen zum Gesamthaushalt angeführte Frage zu den Erstattungsquoten von Transferleistungen auf.

Eine Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die Reduzierung der Summe bei den sozialen Transferleistungen wird durch Herrn Uhlig beantwortet.

Die Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Prieur betreffend die Auswirkungen der rückläufigen Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen des SGB II auf das Personal erfolgt durch Herrn Senator Schindler.

Weiterhin beantwortet Herr Senator Schindler eine Nachfrage von Herrn Fürter betreffend kurzfristige Maßnahmen zur Unterbindung eines steigenden Defizites bei den Senioreneinrichtungen.

Frau Höfs beantwortet eine Nachfrage von Herrn Dr. Flasbarth betreffend Kosten in Höhe von ca. 70,5 Millionen Euro im Rahmen der Darstellungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

d) Fragen zu Finanzen des Fachbereiches Umwelt, Sicherheit und Ordnung:

Herr Senator Hinsen beantwortet eine Nachfrage von Herrn Simon betreffend das Vorziehen und Ausweiten der Investitionen für die technische Ausstattung der Feuerwehr und des Rettungsdienstes.

Weiterhin beantwortet Herr Senator Hinsen zwei Nachfragen von Herrn Fürter betreffend den Ordnungsdienst und den Bürgerservice.

Eine Nachfrage von Herrn Prieur betreffend die Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit wird von Herrn Senator Hinsen, sowie ergänzend von Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Herr Senator Hinsen beantwortet im weiteren Verlauf zwei Nachfragen von Herrn Dr. Flasbarth betreffend den Ordnungsdienst.

Nachfragen von Herrn Lötsch betreffend den geplanten Bau neuer Feuerwehrewachen in Kücknitz und in Kronsforde werden ebenfalls durch Herrn Senator Hinsen beantwortet. Für die Nachfrage, ob für die Maßnahme „Neubau Feuerwehr Gerätehaus Kronsforde“, 126001 013, entgegen der Abbildung im Investitionsplan zu diesem Projekt (Planungs-)Mittel im Haushalt 2020 vorhanden sind, sagt Herr Senator Hinsen eine Beantwortung zu. Weiterhin bittet Herr Lötsch um Mitteilung, wie die Fertigstellung der Maßnahme Neubau Feuerwache 3 (insb. Außenanlage) vorgesehen ist, ohne dass hierzu Mittel im Haushalt 2020 eingeplant sind? Herr Hinsen sagt hierzu ebenfalls eine Beantwortung zu.

e) Fragen zu Finanzen des Fachbereiches Kultur und Bildung:

Eine Nachfrage von Frau Zunft betreffend die sinkenden Ausgaben für die Kinder- sowie Ganztagsbetreuung wird durch Frau Senatorin Weiher, sowie durch Herrn Uhlig beantwortet.

Herr Hönel bittet um Mitteilung, wie viele Stellen konkret für die Schulsozialarbeit geschaffen werden? Frau Senatorin Weiher sagt eine Beantwortung zu.

Eine Nachfrage von Frau Grädner betreffend die Differenzen von Frau Weiher zu Herrn Uhlig betreffend die Berechnung des Haushaltsbudgets für den Fachbereich 4 wird durch Frau Senatorin Weiher beantwortet.

Es spricht der Vorsitzende.

Herr Bürgermeister Lindenau verweist auf den 2. Zwischenbericht 2019.

Die Beantwortung zweier Nachfragen von Herrn Simon betreffend die Übertragung von Sollstellen aus dem Fachbereich 5 in den Fachbereich 4, sowie betreffend nachrichtliche Planstellen erfolgt durch Frau Senatorin Weiher, sowie durch Herrn Uhlig.

Auf Nachfrage von Herrn Lötsch betreffend die dargestellten Gesamtkosten, teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass es sich bei den dargestellten Gesamtkosten um realistische Kosten nach dem heutigen Planungsstand handle.

Die Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Stolzenberg betreffend die Veränderungsliste zum Stellenplan des Bereiches Archäologie und Denkmalpflege erfolgt durch Frau Senatorin Weiher.

Es folgt Herr Dr. Flasbarth mit drei Fragen betreffend das Theater Lübeck.

Der Vorsitzende untersagt die Beantwortung der Frage 2, welche an Herrn Schwandt als Geschäftsführer gerichtet ist.

Die beiden weiteren Fragen werden durch Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Frau Zunft schließt eine weitere Nachfrage zum Theater Lübeck an, deren Beantwortung

durch Frau Senatorin Weiher erfolgt.

Herr Prieur bittet um Mitteilung, ob Mittel für den Neubau einer Turnsporthalle in Kücknitz eingestellt worden sind.

Der Vorsitzende merkt an, dass eine Aufführung dieser Mittel gegebenenfalls in der Auflistung des Fachbereiches 5 erfolgt sei.

Auf Anmerkung von Herrn Fürter betreffend die Aufführung von Drittmitteln, erläutert Herr Bürgermeister Lindenau, dass die Aufführung von Drittmitteln lediglich zu erfolgen habe, sofern eine Zusage für diese vorliege.

f) Fragen zu Finanzen des Fachbereiches Planen und Bauen:

Eine Nachfrage von Herrn Simon betreffend die Nettoneuschaffung von Stellen wird durch Frau Senatorin Hagen und Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Weiterhin beantwortet Frau Senatorin Hagen Nachfragen von Herrn Lötsch zum zusätzlichen Personalbedarf zur Erreichung der angegebenen Umsetzungsquote bei den Investitionsmaßnahmen in Höhe von 60%.

Herr Lötsch bittet zudem um Mitteilung, wie es vorgesehen ist, die Politik über die im Wege der angestrebten flexiblen Bewirtschaftung der Investitionen vorgenommen Verschiebungen im Haushalt zu informieren. Frau Senatorin Hagen teilt hierzu mit, dass an einem Berichtssystem gearbeitet werden müsse. Herr Bürgermeister Lindenau führt hierzu erläuternd aus, dass eine flexible Bewirtschaftung nur innerhalb der Maßnahmen möglich sei, welche bereits im Haushalt enthalten seien. Nach Ausarbeitung eines Berichtssystems erfolge eine entsprechende Information hierzu.

Weiterhin stellt Herr Lötsch eine Nachfrage betreffend Gerüsten an Gebäuden, welche durch Frau Senatorin Hagen beantwortet wird.

Herr Lötsch bittet im weiteren Verlauf um Auskunft, ob die Maßnahme „Radweg in der Straße An den Schießständen“ enthalten ist im Haushalt 2020. Es wird darum gebeten mitzuteilen, an welcher Stelle im Haushaltsplan dieses Projekt geordnet ist.

Frau Senatorin Hagen sagt eine Beantwortung zu

Zudem bittet Herr Lötsch um Berichterstattung zu den nicht umzusetzenden Investitionsmaßnahmen aus 2019.

Es sprechen im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen - Herr Lötsch, Frau Senatorin Hagen, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Plusckell.

Eine Nachfrage von Herrn Plusckell betreffend den Bau einer Stadtgrabenbrücke wird durch Frau Senatorin Hagen beantwortet.

Weiterhin bittet Herr Plusckell um Aufklärung, wo die Mittel für das vor Jahren beschlossene Parkhaus/Parkpalette in Travemünde verblieben sind (Volumen 1,2 Mio. €).

Frau Senatorin Hagen sagt eine Beantwortung zu.

Herr Prieur bittet erneut um Mitteilung, ob Mittel für den Neubau einer Turnsporthalle in Kücknitz eingestellt worden sind.

Frau Senatorin Hagen sagt eine Beantwortung zu.

Der Vorsitzende empfiehlt, die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft zu reichen und lässt hierüber abstimmen.

Beschluss:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan
dem Vorbericht
ge 2 dem Stellenplan sowie
ge 3 dem Beteiligungsbericht
ge 4 wird beschlossen. Anlage 1
Anla-
Anla-
2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten ohne Interne Leistungsabrechnung
werden zur Kenntnis genommen. Anlage 5
Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2020 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
3. Ergänzend wird die Fortsetzung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gemäß Haushaltsbegleitbeschluss 2019 in Erfüllung der städtischen Obliegenheit aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein zu schließenden Konsolidierungsvertrag
wie auch die Durchführungsbestimmungen zur Bewirtschaftung des Haushalts
beschlossen. Anlage 6
Anlage 7
4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 180 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen
5. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

- | | | | |
|----|---|-------------|-----|
| 1. | im Ergebnisplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 856.117.200 | |
| | EUR | | |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 874.439.900 | |
| | EUR | | |
| | einen Jahresüberschuss von | | |
| | einen Jahresfehlbetrag von | 18.322.700 | EUR |
| 2. | im Finanzplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender | | |
| | Verwaltungstätigkeit auf | 827.690.100 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender | | |
| | Verwaltungstätigkeit auf | 817.986.100 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | | |
| | und der Finanzierungstätigkeit auf | 113.894.400 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | | |
| | und der Finanzierungstätigkeit auf | 194.507.900 | EUR |

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | | | |
|----|--|-------------|-----|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 66.385.500 | |
| | EUR | | |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 60.401.500 | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 360.000.000 | EUR |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 3.708,883 | |

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

- | | | | |
|----|---|-----|---|
| 1. | Grundsteuer | | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 400 | % |
| | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 500 | % |
| 2. | Gewerbsteuer | 450 | % |

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2020 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2019 (3.566,937 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2020 um die sich aus der Anlage 3 ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020** festgesetzt: **3.708,883 Planstellen.**

Der Hauptausschuss leitet die Vorlage einstimmig ohne Votum an die Bürgerschaft weiter.

zu 3.2 Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: VO/2019/07877

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

- einem Gesamtbetrag der Erträge von **2.241.000 €**
- einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von **2.241.000 €**
einem Jahresüberschuss/ Fehlbetrag von **0 €**

im Finanzplan mit

- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.179.200 €**
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.142.000 €**
- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit **500 €**

- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- und Finanztätigkeit **55.200 €**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

<p>zu 3.3 Haushaltsplan der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07933</p>
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVObI. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04. Januar 2018 (GVObI. Schl.-H. S. 6) hat die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 26.09.2019 den Haushaltsplan für das Jahr 2020 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	74.500 €
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	74.500 €
einem Jahresüberschuss von	0 €
einem Jahresfehlbetrag von	0 €

Im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	6.400 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	5.600 €
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 €

Auf die Ausführung des Haushaltsplanes finden die Durchführungsbestimmungen zur Haushaltssatzung der Hansestadt Lübeck sinngemäß Anwendung.

Die Stiftung HAUS DER JUGEND bezweckt Einrichtungen der Jugendpflege zu schaffen, zu unterhalten und zu fördern.

Der Bereich Jugendarbeit / Jugendamt verwaltet die Stiftung gem. § 5 der Stiftungssatzung in der Fassung vom 29. April 1976.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 3.4 Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-WS-VT für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: VO/2019/07966

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die Handlungsvorstellungen der Verwaltung zur zukünftigen Gestaltung der Entwicklungen teilt Herr Senator mit, dass die aktuelle Kapitalmarktlage dazu führe, dass keine zusätzlichen Erträge durch Zinsen erzielt werden. Eine aufgezeigte Maßnahme sei die Erhöhung der Mieterträge. Zusätzliche Erträge durch vermehrten Holzeinschlag seien nicht gewollt.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Rathcke, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Senator Schindler.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein werden die Haushaltspläne für das **Haushaltsjahr 2020** wie folgt festgesetzt:

1. für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.392.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.717.200	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	324.800	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.309.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.222.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	10.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	179.400	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

2. für die Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	240.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	349.100	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	108.400	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	240.600	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	349.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	5.800	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

3. für die Westerauer Stiftung

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	12.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	13.400	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	1.200	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	12.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	13.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR

II.

- | | | | |
|----|--|---|-----|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |

4. für die Stiftung Kriegsoferdank

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	576.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	535.400	EUR
	einen Jahresüberschuss von	40.600	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	575.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	444.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	112.000	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

5. für die Stiftung Lübecker Wohnstifte

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	93.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	539.900	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	446.400	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	93.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	429.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	24.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	21.400	EUR

II.

- | | | | |
|----|--|---|-----|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |

6. für die Stiftung Vereinigte Testamente

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	2.141.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.480.500	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	338.600	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.141.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.140.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	18.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	435.300	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 3.5 Haushaltsplan der Stiftung "Lübecker Altstadt" für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07978
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan der Stiftung „Lübecker Altstadt“ für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

im Ergebnisplan mit

- einem Gesamtbetrag der Erträge auf 700,-- Euro
- einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 1.800,-- Euro
- einem Jahresüberschuss von 0,-- Euro

- einem Jahresfehlbetrag von 1.100,-- Euro

im Finanzplan mit

- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 700,-- Euro
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 500,-- Euro
- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit 0,-- Euro

Herr Jenniches bittet um Beantwortung folgender Nachfragen:

1. In der Vorlage wird ein Betrag in Höhe von 275.000 Euro als Hochrechnung für die Rücknahmen genannt. Wie viele Verpflichtungsgeber und wie viele Verpflichtungsermächtigungen umfasst dieser Betrag?
 2. Als Niederschlagungsgrund wird unter anderem die mangelnde Leistungsfähigkeit des Verpflichtungsgebers zum Zeitpunkt der Abgabe der Verpflichtung genannt. Wie oft von den genannten Fallzahlen ist dieser Niederschlagungsgrund einschlägig?
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit 0,-- Euro

Auf die Ausführung des Haushaltsplans finden die Durchführungsbestimmungen zur Haushaltssatzung der Hansestadt Lübeck sinngemäß Anwendung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

<p>zu 3.6 Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen Vorlage: VO/2019/08002</p>
--

Herr Senator Schindler sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck schließt sich der Weisung 201903003 der Bundesagentur für Arbeit vom 01.03.2019 - Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme - auf der Grundlage des Schreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29. 1. 2019 an.

Der Hauptausschuss stellt die weitere Beratung der Vorlage (bei 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 24.09.2019 zurück.

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Jahresbericht 2018 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/07973
---------------	---

Keine Wortmeldung.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.2	Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Maßnahmen des Konsolidierungskonzeptes 2012 - 2018 Vorlage: VO/2019/07992
---------------	---

Keine Wortmeldung.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.3	Beschaffung einer Software zur Modellierung von Verwaltungsprozessen Vorlage: VO/2019/07963
---------------	--

Keine Wortmeldung.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.4	2. Zwischenbericht 2019 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/08080
---------------	--

Herr Bürgermeister Lindenau verweist – insbesondere aufgrund der unter TOP 3.1 vorangegangenen Diskussion zu den Personalkosten – auf die Seite 3 des Berichtes, welche eine Verbesserung bei den Fachbereichsbudgets in Höhe von 7,6 Millionen Euro ausweist. Abweichungen in dieser Größenordnung gilt es für die kommenden Haushaltsplanungen zu vermeiden. Es gehe nicht um die Kürzung von Leistungen, sondern um die Erzielung eines realen Ergebnisses zwischen Planung und IST-Abrechnung.

Es spricht Herr Simon.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass er – auch vor dem Hintergrund des vorliegenden Zwischenberichtes - zuversichtlich sei ohne eine Budgetausweitung alles auskömmlich zu finanzieren.

Frau Senatorin Weiher verweist auf die auf Seite 6 des Zwischenberichtes dargestellte geringe Abweichung des Fachbereiches 4 bei den Zuschussbudgets.

Herr Bürgermeister Lindenau macht deutlich, dass er die Verantwortung für die Gesamthaus-

halt trage und sichert zu, dass zu jederzeit jede Pflichtaufgabe erfüllt werde.

Auf Kritik von Frau Zunft betreffend die Kürzung des Budgets für die Kinderbetreuung, führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass freiwillige Ausgaben zur Qualitätsverbesserung im Rahmen des Konsolidierungsvertrages nicht möglich seien. Sofern die Bürgerschaft die Ausweitung freiwilliger Aufgaben beschliesse, bedeute dies gleichzeitig eine Kürzung von Ausgaben an anderer Stelle.

Es spricht Herr Rathcke.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass er jederzeit bereit sei, zu Fragen der Buchung und Finanzierung Auskunft zu erteilen.

Auf Nachfrage von Frau Grädner teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Prioritätenliste im Senat diskutiert und beschlossen worden sei.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
-------------	--

zu 5.1	Antwort auf die mdl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Ausgaben für Radwege Vorlage: VO/2019/07962
---------------	--

Keine Wortmeldung.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 5.2	Anfrage des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kostenloses kommunales W-Lan Vorlage: VO/2019/08119
---------------	--

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 5.3	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zu bestehenden Mietverträgen der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/08132
---------------	--

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 5.4 Anfrage des BM Antje Jansen: Kletterpark in Travemünde/auf dem Priwall
Vorlage: VO/2019/08143**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

***Der Hauptausschuss nimmt
die Anfrage zur Kenntnis.***

**zu 5.5 Anfrage des stellv. AM Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Grund-
stücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd (2)
Vorlage: VO/2019/08158**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

***Der Hauptausschuss nimmt
die Anfrage zur Kenntnis.***

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:24 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:25 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

Lübeck, den 24. September 2019

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
22. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.09.2019	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:02 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD		
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Thorsten Fürter	
Dagmar Hildebrand - CDU		
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis 18:48 Uhr / TOP 12.1	
Ulrich Krause - CDU		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL		
Oliver Prieur - CDU		
Thomas Rathcke - FDP		
Peter Reinhardt - SPD		
Bernhard Simon - CDU		
Heiko Steffen - AfD	Vertretung für: Herrn David Jenniches	
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen		
Katjana Zunft - Die Linke		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL		
Verwaltung		
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister		
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Senator Ludger Hinsens - FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	ab 16:38 Uhr/ TOP 2.2	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen		
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei		
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht		

Elke Sasse - Frauenbüro	bis 18:55 Uhr / TOP 14.3
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority	öffentlicher Teil bis 18:45 Uhr / TOP 10
Protokollführung	
Nadine Markmann - Bürgermeisterkanzlei	
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm - Seniorenbeirat	ab 17:15 Uhr / TOP 4.4 bis 18:45 Uhr / TOP 10
Jürgen Cladow - Seniorenbeirat	bis 18:45 Uhr / TOP 10
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
David Jenniches - AfD	- entschuldigt -
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung	
2	Niederschriften	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2019	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2019	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie	VO/2019/07774
3.1.1	Antwort zur Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie	VO/2019/07774-01
3.2	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Landstromanlage im Hafen	VO/2019/07988
3.2.1	Antwort auf Anfrage von Herrn Thomas Rathcke und ergänzt durch zwei Fragen von Herrn Dr. Flasbarth, HA vom 13.08.2019, TOP 3.13, zum Thema Landstrom	VO/2019/08122
3.3	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie	VO/2019/07998
3.3.1	Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie	VO/2019/07998-01
3.4	Haushaltsvorlage 2020 - Beantwortung der Fragen aus der Sitzung des Hauptausschusses am 10.9.2019	VO/2019/08181
3.5	CDU - Anfrage von BM Ulrich Krause: Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros	VO/2019/08192
3.6	NEU: mündliche Anfrage des AM Hildebrand (CDU) betr. Sachstand Evaluationsbericht Hausmeisterdienste	
3.7	NEU: mündliche Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. Förderanträge Feuerwehrgerätehäuser	
3.8	NEU: mündliche Mitteilung des AM Zunft (Die Linke) betr. Gleichstellungsthemen	
3.9	NEU: mündliche Anfrage des AM Kleyer (Bündnis 90/Die	

	Grünen) betr. die Personalsituation im Büro der Bürgerschaft	
3.10	NEU: mündliche Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. mobile Jugendarbeit	
3.11	NEU: mündliche Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. das Mietobjekt für Verbraucherzentrale Fleischhauerstr. 45	
3.12	NEU: mündliche Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die Finanzierung des ePunkt	
4	Berichte	
4.1	Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten	VO/2019/07422
4.2	Monitoring-Bericht 2018 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck	VO/2019/07661
4.3	Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung	
4.4	Einrichtung einer Leitstelle Verkehrsflussmanagement	VO/2019/07950
4.5	Prüfung der Befangenheit von BM Herrn Detlev Stolzenberg nach § 22 GO	VO/2019/08133
4.6	Klimanotstand - Anforderungen an den Haushalt 2020	VO/2019/08081
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde	VO/2019/07664
5.2	Hansestadt Lübeck - Jahresabschluss 2014	VO/2019/07827
5.3	Stiftung Vereinigte Testamente - Jahresabschluss 2011	VO/2019/07828
5.4	Stiftung Kriegsoferdank - Jahresabschluss 2012	VO/2019/07831
5.5	Stiftung Haus der Jugend - Jahresabschluss 2012	VO/2019/07858
5.6	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2018	VO/2019/07990
5.7	Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. §95 d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO) für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 315201 - SeniorInneneinrichtungen	VO/2019/07993
5.8	Mietanpassung SeniorInnenEinrichtungen Heiligen-Geist-Hospital (HGH)	VO/2019/08059

5.9	Mietanpassungen der SeniorInnenEinrichtungen Dornbreite, Dreifelderweg, Elswigstraße und Prassekstraße (Häuser der Stiftung Vereinigte Testamente (VT))	VO/2019/08060
5.10	Wirtschaftsplan 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)	VO/2019/08036
5.11	Wirtschaftsplan 2020 der Lübecker Schwimmbäder	VO/2019/08090
5.12	Vorlage zur überplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für die Nachfinanzierung des laufenden Geschäftsjahres 2019 der Theater Lübeck gGmbH	VO/2019/08111
5.13	Änderung des Tarifs für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall	VO/2019/07869
5.14	Annahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 20.000,00 EUR für das Weihnachtswunderland (Kindereisbahn) im Jahr 2019	VO/2019/07941
5.15	Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 80.000,00 EUR für das Weihnachtswunderland im Jahr 2019	VO/2019/07942
5.16	Annahme von Zuwendungen der Possehl-Stiftung für den Wissensglobus (35.000,00 EUR und 10.000,00 EUR), die Jugendberufsagentur (23.000,00 EUR) und den Lübecker Wissenschaftspfad (39.000,00 EUR)	VO/2019/08137
5.17	Freigabe für die Mehrkosten zur Umsetzung des 2. + 3. BA der Energetischen Sanierung im Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, Ziegelstr. 38, 23556 Lübeck, über 175.000,00 EUR	VO/2019/07972
5.18	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Erneuerung der Weiche 92	VO/2019/07995
5.19	Projektfreigabe zur Umsetzung der Sanierung der GGS Julius-Leber-Schule, Marquardplatz 7, 23554 Lübeck, über 175.000,00 EUR	VO/2019/08071
5.20	Bebauungsplan 22.04.00 - Buntekuh / Pinassenweg - Satzungsbeschluss	VO/2019/08075
5.21	Lübeck "Altstadt" - Planerische Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme im Städtebauförderungsprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz"	VO/2019/08079
5.22	Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2019 zur Zahlung der unstrittigen Beträge der Teilschlussrechnungen für die Brücken St.-Lorenz und Roter Löwe	VO/2019/08107
5.23	Freigabe zur Fortführung der Maßnahmen der Brandschutz- und Elektrosanierung in den Liegenschaftsstandorten B. Schröder-Schule und E.-Geibel-Schule über 175.000,- EUR	VO/2019/08123

	sowie außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2019	
5.24	Projektfreigabe des Projektes neue Beschallungsanlage und Sicherheitsabdeckung Stabhochsprung Buniamshof und Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung der OzD in ein Gesundheitszentrum über 175.000,00 Euro	VO/2019/08028
5.25	Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen	VO/2019/08002
5.26	Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020	
5.27	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Produkt Rettungsdienst	VO/2019/08144
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Gendergerechte Sprache Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 24.06.2019	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
8.1	Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung	VO/2019/07898
8.2	Gendergerechte Sprache Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 24.06.2019	VO/2019/07922
8.3	Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020	VO/2019/08009
9	Verschiedenes	
9.1	NEU: mündliche Anmerkung des AM Rathcke (FDOP) betreffend die Teilnahme des Seniorenbeirates an nichtöffentl. Sitzungen	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen noch zur heutigen Sitzung eingereicht wurden:

NEU - TOP 3.5/VO 8192

Anfrage von BM Ulrich Krause betr. Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros

Der Vorsitzende beantragt die Zuordnung des TOP 4.3 VO/2019/0798 neu unter TOP 8.1, sowie die Zuordnung des TOP 6.1 VO2019/07922 neu unter TOP 8.2.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der geänderten Zuordnung der TOP 4.3 und 6.1 zu.

Frau Zunft beantragt die Zuordnung des TOP 5.26 VO/2019/08009 neu unter TOP 8.3.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der geänderten Zuordnung des TOP 5.26 zu.

Herr Bürgermeister Lindenau kündigt an, dass er unter TOP 12 eine Mitteilung zu den Stadtwerken Lübeck machen werde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 11.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 11.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.3 zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vorziehung der Beratung zu TOP 14.3, da hierzu eine Person anwesend sei. Die Beratung solle direkt im Anschluss an TOP 11 erfolgen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vorziehung der Beratung des TOP 14.3 zu.

zu 2 Niederschriften

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2019

Keine Wortmeldung.

Der Hauptausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2019

Herr Steffen kritisiert, dass der Niederschrift nicht die Antworten zu den jeweils gestellten Fragen zu entnehmen seien.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es sich um kein Wortprotokoll, sondern um ein Ergebnisprotokoll handle. Es werde jedoch darauf geachtet, dass dieses nachvollziehbar verfasst werde.

Da die Niederschrift erst kurzfristig vorlag, bitten die Mitglieder des Hauptausschusses um Vertagung der Genehmigung.

Der Hauptausschuss stellt die Genehmigung der Niederschrift zurück.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 **Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie**
Vorlage: VO/2019/07774

zu 3.1.1 **Antwort zur Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie**
Vorlage: VO/2019/07774-01

Keine Wortmeldung

Beschluss:

Anfrage von AM Fürter und AM Flasbarth.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.2 **Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Landstromanlage im Hafen**
Vorlage: VO/2019/07988

zu 3.2.1 **Antwort auf Anfrage von Herrn Thomas Rathcke und ergänzt durch zwei Fragen von Herrn Dr. Flasbarth, HA vom 13.08.2019, TOP 3.13, zum Thema Landstrom**
Vorlage: VO/2019/08122

Herr Dr. Flasbarth merkt an, dass Frage 7 dahingehend gerichtet war, ob die Hansestadt Lübeck an den aktuellen Verhandlungen beteiligt sei. Herr Kaschle teilt hierzu mit, dass die Hansestadt Lübeck derzeit nicht in Gesprächen involviert sei.

Herr Dr. Flasbarth regt Herrn Bürgermeister Lindenau gegenüber an, sich an den aktuellen Gesprächen zu beteiligen. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die Thematik des Landstroms derzeit von allen Beteiligten rückläufig behandelt werde. Vielmehr liege der Schwerpunkt auf LNG. Er nehme die Anregungen jedoch gerne auf und als Anlass zur Prüfung der aktuellen Diskussionen im Ostseeraum.

Beschluss:

Anfrage von Herrn Thomas Rathcke und ergänzt durch zwei Fragen von Herrn Dr. Flasbarth aus Hauptausschuss vom 13.08.2019, TOP 3.13, zum Thema Landstrom.

Allgemeine Vorbemerkung:

Der vorliegende Berichts- bzw. Anfragewunsch betrifft den Zuständigkeitsbereich einer städtischen Gesellschaft. Die Anfrage bzw. der Berichtsauftrag ist deshalb zuständigkeitshalber an diese Gesellschaft weitergeleitet worden und die Beantwortung der gestellten Fragen ist durch die Stadtwerke Lübeck GmbH am 11.09.2019 dem Fachbereich übersandt worden.

Aufgrund der Tatsache, dass städtische Eigengesellschaften keine eigenen Berichte in die Gremien der Hansestadt Lübeck einbringen können und dieses nur dem Fachbereich möglich ist, geschieht dieses mit dem Deckblatt des Fachbereiches Wirtschaft und Soziales. Der Fachbereich Wirtschaft und Soziales weist darauf hin, dass für Inhalte und Umfang der Antworten ausschließlich die Gesellschaften selbst verantwortlich sind. Der Fachbereich Wirtschaft und Soziales wird zu den einzelnen Anfragen bzw. Berichten nur dann eigene Anmerkungen machen, wenn auch städtische Verwaltungseinheiten von gestellten Fragen betroffen sind und zu den Mitteilungen der Gesellschaften entsprechende Ergänzungen notwendig sind.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.3 Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie
Vorlage: VO/2019/07998**

**zu 3.3.1 Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie
Vorlage: VO/2019/07998-01**

Herr Dr. Flasbarth kritisiert, dass der Beteiligungsprozess von Akteur:innen erst nach Vorlage der Strategie vorgesehen sei. Weiterhin fordert er zusätzliche Stellen für die Umsetzung der Digitalstrategie.

Es spricht hierzu Herr Bürgermeister Lindenau unter anderem mit Verweis auf die bereits erfolgte Vorstellung der Eckpunkte.

Herr Rathcke bemängelt in diesem Zusammenhang, dass die VHS seit einem längeren Zeitraum nicht online erreichbar sei und sieht hier drin einen Widerspruch zur Euphorie betreffend die Digitalisierung.

Herr Bürgermeister Lindenau führt hierzu erläuternd aus, dass es sich bei der Software der Volkshochschule um eine bundesweit eingesetzte Software für Volkshochschulen handle, auf deren Support seitens der Hansestadt Lübeck wenig Einflussmöglichkeiten bestehen. Seit dem heutigen morgen sei die Freischaltung der Internetseite wieder erfolgt

Beschluss:

Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort

zur Kenntnis.

**zu 3.4 Haushaltsvorlage 2020 - Beantwortung der Fragen aus der Sitzung des Hauptausschusses am 10.9.2019
Vorlage: VO/2019/08181**

Keine Wortmeldung.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.5 CDU - Anfrage von BM Ulrich Krause: Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros
Vorlage: VO/2019/08192**

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Beschluss:

Ich bitte den Bürgermeister um Mitteilung des Sachstandes bezüglich der Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros und um Angabe eines voraussichtlichen Eröffnungstermines.

Anfang des laufenden Jahres war im Hauptausschuss sehr konkret über die baulichen und organisatorischen Planungen betreffend die Eröffnung dieser Travemünder Außenstelle im nicht Schule zugeordneten Bereich des Gebäudes der Stadtschule gesprochen worden, dies vor allem vor dem Hintergrund geäußerter Sorgen aus der Elternschaft der Schule. In der weiteren zeitlichen Folge war zu erfahren, dass es Abstimmungsbedarf gegeben habe wegen einer Intervention des Schulrates und dass der Bürgermeister die Angelegenheit in seine Zuständigkeit genommen habe.

Ich bitte nunmehr um Auskunft, ob sich an den räumlichen und/oder organisatorischen Planungen seither etwas geändert hat und wann konkret mit einer Eröffnung der Außenstelle gerechnet werden kann.

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.6 NEU: mündliche Anfrage des AM Hildebrand (CDU) betr. Sachstand Evaluationsbericht Hausmeisterdienste

Auf Nachfrage von Frau Hildebrand teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass noch in diesem Jahr der Evaluationsbericht Hausmeisterdienste vorgelegt werde.

Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort

zu 3.7 NEU: mündliche Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. Förderanträge Feuerwehrgerätehäuser

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke teilt Herr Senator Hinsen mit, dass für beide geplanten Feuerwehrgerätehäuser in Kronsforde und Steinrade die Stellung von Förderanträgen erfolgt sei.

Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.

zu 3.8 NEU: mündliche Mitteilung des AM Zunft (Die Linke) betr. Gleichstellungsthemen

Frau Zunft plädiert dafür, dass Gleichstellungsthemen, welche in den Fachausschüssen beraten werden im weiteren Verlauf auch auf die Tagesordnung des Hauptausschusses als Gleichstellungsausschuss gesetzt werden.

Herr Bürgermeister Lindenau führt hierzu erläuternd aus, dass es sich um politische Debatten handle, welche über die politischen Vertreter auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen.

Es sprechen im weiteren Verlauf der Vorsitzende, Frau Zunft, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Krause.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.9 NEU: mündliche Anfrage des AM Kleyer (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Personalsituation im Büro der Bürgerschaft

Auf Nachfrage von Herrn Kleyer teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Personalsituation im Büro der Bürgerschaft weiterhin kritisch sei.

Es wurde ein Mitarbeiter aus einem anderen Bereich geordert, welcher das Büro der Bürgerschaft vorübergehend unterstütze.

Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.

zu 3.10 NEU: mündliche Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. mobile Jugendarbeit

Herr Dr. Flasbarth teilt mit, dass er davon Kenntnis erlangt habe, dass in der mobilen Ju-

gendarbeit drei Stellen entfallen sollen und bittet hierzu um Stellungnahme. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass eine Streichung von Stellen nicht erfolge. Es erfolge im Rahmen der Umsetzung der Jugendhilfeplanung eine neue Definition von Aufgabenschwerpunkten. Die drei Stellen der mobilen Jugendarbeit widmen sich zukünftig schwerpunktmäßig dem Streetwork in der Innenstadt.
Es spricht Frau Hildebrand.

Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.

zu 3.11 NEU: mündliche Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. das Mietobjekt für Verbraucherzentrale Fleischhauerstr. 45

Herrn Prieur weist darauf hin, dass der Mietvertrag Der Verbraucherzentrale für das Objekt Fleischhauerstraße 45 im Jahr 2020 auslaufe und bittet diesbezüglich um Mitteilung der Planungen zum weiteren Vorgehen.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die Verbraucherzentrale keine kommunale Aufgabe sei. Die Finanzierung erfolge schwerpunktmäßig über das Land Schleswig-Holstein. Einzelne Kommunen in Schleswig-Holstein finanzieren zusätzlich freiwillig diese Leistung. Nach Recherchen der Verwaltung erziele die Verbraucherzentrale jährlich Überschüsse. Daher sei nicht zu erkennen, dass durch freiwillige Leistung kostenlos Räume zur Verfügung gestellt werden oder Mietkosten erstattet werden sollen.

Eine weitere Nachfrage von Herrn Prieur beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau dahingehend, dass er zum bisherigen Mietverhältnis keine Informationen habe, da dieses mit einem Dritten privaten geschlossen worden sei.

Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.

zu 3.12 NEU: mündliche Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die Finanzierung des ePunkt

Eine Nachfrage von Herrn Stolzenberg betreffend den aktuellen Stand der Gespräche betreffend den ePunkt, teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Verwaltung über die aktuellen Ereignisse überrascht sei. Seit fast drei Jahren sei bekannt, dass die Fördermittel auslaufen.

Grundsätzlich sei ein Gespräch geplant, wie die Ehrenamtsarbeit in Lübeck weitergehen solle. Der Fachbereich 2 habe herausgearbeitet, dass 21 Anlaufstellen tätig seien, welche im Kontakt mit dem Ehrenamt stehen.

Herr Bürgermeister Lindenau beabsichtigt dem Vereinsvorstand des ePunktes einen Vorschlag zur Lösung des Problems unterbreiten ohne Konsolidierungsfond relevant zu werden.

Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Vorlage: VO/2019/07422**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung nach der anliegenden Organisationsverfügung von Bürgermeister Herrn Jan Lindenau und Kenntnisnahme der überarbeiteten Stadtverordnung über die Bekämpfung von Ratten in der Hansestadt Lübeck

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.2 Monitoring-Bericht 2018 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2019/07661**

Herr Rathcke verweist auf Punkt 5 des Berichtes und merkt an, dass eine rechtzeitige Übermittlung der benötigten Daten an das Rechnungsprüfungsamt eine Wertschätzung der dortigen Kollegen bedeute.

Zudem verweist Herr Rathcke auf die unter Punkt 5 dargelegte Empfehlung zur Zentralisierung der Durchführung der Vergabeverfahren und bittet um Mitteilung, ob diesbezüglich Planungen erfolgen.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass der Bereich Logistik, Statistik und Wahlen in Abstimmung mit dem Fachbereich 5 einen Projektauftrag vorbereite. Frau Hagen führt ergänzend aus, dass die Empfehlung als berechtigt angesehen werde, die Umsetzung jedoch noch mindestens ein Jahr dauert.

Beschluss:

Beratung, Erörterung und ggf. Empfehlung zum o.g. Monitoring-Bericht 2018 über die durchgeführten Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.3 Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung dem TOP NEU 8.1 zugeordnet.

- Protokollierung siehe unter TOP 8.1 -

zu 4.4 Einrichtung einer Leitstelle Verkehrsflussmanagement Vorlage: VO/2019/07950
--

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der Sitzung des Bauausschusses noch offene Fragen aufgetreten sein.

Frau Senatorin Hagen führt aus, dass der Bauausschuss in seiner Sitzung am 16.09.2019 den Bericht zur Einrichtung einer Leitstelle Verkehrsflussmanagement als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen und um Ergänzung zu folgenden Punkten gebeten habe:

- Personalausstattung
- Personalbedarf/ Aufwand in den städtischen Gesellschaften
- Einbindung in die digitale Strategie der Hansestadt Lübeck
- Synergien

Zu den offenen Fragen gibt Frau Senatorin Hagen folgende ausstehenden Informationen zur Kenntnis:

Personalausstattung

Im Rahmen einer Projektstruktur, die direkt der Fachbereichsleitung zugeordnet ist, sollen die Koordinierungsprozesse mit allen Akteuren definiert und festgelegt werden. Für den Start der Leitstelle sollen zwei neue Fachkräfte eingesetzt werden, die einer Leitung unterstellt sind. Die Leitungsstelle hat dabei die folgenden Aufgaben:

- Projektleitung von der Konzeption über die Entwicklung bis zur Umsetzung
- Gesamtstädtische Steuerung der Leitstelle
- Vertragshaltende Stelle/ Auftragswesen
- Übergreifende Konzeption und Weiterentwicklung des Systems mit allen Akteuren
- Gremien- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Die beiden Fachkräfte haben jeweils folgende Schwerpunkte:

Fachkraft 1:

- Fachliche Administration des Systems
- Fachliche Analyse/ umfassende Bewertung von Maßnahmen hinsichtlich der verkehrlichen Wirkung
- Mitarbeit bei der Bauprogrammerstellung

Fachkraft 2:

- Technische Administration des Systems (Datenbank- und Schnittstellenverwaltung)
- Organisation der technischen Kommunikation
- Prüfung und Auswertung relevanter Daten, sowie die geeignete georeferenzierte Darstellung der Informationen
- Prozessanalyse und -dokumentation

Darüber hinaus haben die beiden Fachkräfte die folgenden Aufgaben:

- Einflussnahme auf verkehrliche Ziele mit Empfehlungscharakter
- Mitarbeit bei der strategischen Aufgabenplanung
- Organisation und Durchführung von Koordinierungsrunden
- Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit

Personalbedarf/ Aufwand in den städtischen Gesellschaften

Der bisherige Planungsaufwand in den städtischen Gesellschaften bleibt gleich. Hinzu kommt die Teilnahme als Experten an den Koordinierungsrunden und die Kommunikation der Anforderungen und Ergebnisse nach Innen. Durch eine verlässlichere und planvolle Abstimmung im Vorwege ist damit zu rechnen, dass im weiteren Verlauf die internen Prozesse

vereinfacht und schlanker ablaufen können. Dies kann zur Senkung der einzelnen Projektkosten bis hin zur Senkung von Baukosten führen.

Für die aktive Teilnahme an den Koordinierungsrunden und die eigene Planung der Maßnahmen, müssen die Beteiligten einen eigenen Server mit ihren Daten vorhalten. Dies ist erforderlich, um sicherzustellen, dass die städtischen Gesellschaften auch bei der Koordination weiterhin Herren ihrer Daten bleiben und die datenschutzrechtlichen Aspekte gewahrt werden.

Die städtischen Gesellschaften werden bei der Softwareentwicklung mit einbezogen.

Einbindung in die digitale Strategie der Hansestadt Lübeck

Mobilität ist eine der wichtigsten Säulen der Digitalen Strategie der Hansestadt Lübeck. Eine der wesentlichen Herausforderungen in einer Smart City ist es, innovative Mobilitätskonzepte eng aufeinander abzustimmen. Die Leitstelle Verkehrsflussmanagement ist die Grundlage für diese intelligenten Mobilitätskonzepte. Nur durch die gemeinsame Planung von Eingriffen in den Straßenverkehr kann der Verkehrsfluss bestmöglich optimiert werden. In weiteren Ausbaustufen könnte die Leitstelle für Verkehrsflussmanagement neben der gemeinsamen Baustellenkoordination auch die intelligente Verkehrslenkung und Parkraumsteuerung auf Basis von Sensordaten übernehmen. Durch den Einsatz und das Orchestrieren von digitalen Lösungen trägt diese Leitstelle wesentlich zum direkten Einfluss auf den Verkehrsfluss bei. Mit gesteigertem Verkehrsfluss werden gleichzeitig Synergieeffekte zum Bereich Umwelt und Energie der Digitalen Strategie erzielt. Zum einen erzeugt fließender Verkehr weniger Belastungen für die Umwelt als stockender Verkehr zum anderen können so wertvolle Ressourcen eingespart werden.

Synergien

Durch die koordinierende Zusammenarbeit können Synergien mit einer Innen- und Außenwirkung erzielt werden.

Innenwirkung:

- Verbindlichere Planung beim Haushalt/ Wirtschaftsplan
- Stärkung der fachlichen Expertise
- Wirtschaftlicher Bauablauf z.B. durch gemeinsame Baustelleneinrichtung
- Transparente und frühzeitige Maßnahmenplanung – Stadtverkehr kann z.B. Fahrplanänderungen frühzeitig aufgreifen, Feuerwehr und Rettungsdienst werden einbezogen und erhalten rechtzeitig Informationen über geplante Sperrungen

Außenwirkung:

- Spürbare Verbesserung des Verkehrsflusses
- Auswirkung auf die Wirtschaft – auch Standortentscheidend
- Kürzere Sperrzeiten
- Verkehrsteilnehmer:innen werden in die Lösung von Verkehrsflussproblemen eingebunden und so eine bessere Akzeptanz erzielt
- Verbesserte Öffentlichkeitsarbeit
- Perspektivische Einbindung von LBVSH und DB

Es diskutieren im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Stolzenberg und der Vorsitzende.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck beabsichtigt eine Leitstelle Verkehrsflussmanagement einzurichten. Übergeordnete Zielsetzung der Leitstelle ist die effektive Unterstützung der Straßenbaulast- und Leitungsträger der Hansestadt Lübeck bei der Entscheidungsfindung, ob, in welchem Umfang und wann eine Baumaßnahme durchgeführt werden soll.

**zu 4.5 Prüfung der Befangenheit von BM Herrn Detlev Stolzenberg nach § 22 GO
Vorlage: VO/2019/08133**

Herr Stolzenberg verlässt aufgrund seiner Befangenheit zu diesem TOP um 17:17 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass seitens eines Fraktionsmitgliedes von Herrn Stolzenberg eine rechtliche Bewertung des Sachverhaltes vorliege, welche derzeit noch bewertet werde und eine entsprechende Stellungnahme noch nachgereicht werde.

Herr Prieur beantragt, den Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Es sprechen im weiteren Verlauf Frau Duggen und Herr Krause.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Prieur abstimmen.

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig den Bericht als Zwischenbericht
zur Kenntnis zu nehmen.***

Herr Stolzenberg betritt um 17:23 Uhr wieder den Sitzungssaal.

**zu 4.6 Klimanotstand - Anforderungen an den Haushalt 2020
Vorlage: VO/2019/08081**

Herr Dr. Flasbarth hinterfragt, wie viele Finanzmittel sowohl investiv als auch konsumtiv für die von der Klimaschutzleitstelle erarbeiteten Maßnahmen eingeplant wurden. Herr Senator Hinsin teilt hierzu mit, dass viele der erarbeiteten Maßnahmen keine finanziellen Aufwendungen bedürfen, sondern vielmehr Verhaltensänderungen.

Auf durch Herrn Rathcke geäußerte Kritik, dass eine konkrete Ergebnisliste mit bereits erreichtem wünschenswert wäre, teilt Herr Senator Hinsin mit, dass bereits im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung eine umfangreiche Präsentation vorgestellt worden sei.

Herr Dr. Flasbarth bittet erneut um überschlägige Finanzaufstellungen für anstehende Klimaschutzmaßnahmen.

Es spricht Herr Stolzenberg.

Herr Bürgermeister Lindenau führt aus, dass aufgrund der geringen zeitlichen Spanne zwischen der Beschlusslage und der Haushaltsaufstellung 2020 eine Abbildung der haushaltsrelevanten Klimaprojekte nicht leistbar gewesen sei.

Weiterhin weist Herr Bürgermeister Lindenau darauf hin, dass noch kein einziger Antrag aus der Einwohnerversammlung bisher durch ein Gremium beschlossen worden sei. Ebenso gebe es bisher keine abschließende Willensbildung, wie mit den Anträgen aus der Bürgerschaft umzugehen sei.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Senator Hinsin, Herr Simon und Herr Steffen.

Herr Prieur merkt an, dass die Aufführung von Beschlussvorschlägen in Berichtsvorlagen eine verwirrende Wirkung habe.

Eine durch Herrn Dr. Flasbarth gestellte Nachfrage betreffend die Möglichkeit zur Erweiterung der Investitionsliste wird durch Herrn Bürgermeister Lindenau dahingehend beantwortet, dass nach seiner Einschätzung die vorliegende Investitionsliste und damit verbundene Investitionshöhe mehr als ausgereizt sei.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Reinhardt, Herr Senator Hinsen und Herr Kleyer.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck hat am 23.05.2019 den Klimanotstand festgestellt (VO/2019/07738). Aufgrund der frühen Haushaltsaufstellung im September 19 konnten für die Umsetzung des Beschlusses die notwendigen finanziellen und personellen Voraussetzungen nicht mehr rechtzeitig aufgenommen werden.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2019/07664

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2020 gemäß Anlage festgestellt :

1. Es betragen

1.1 Im Erfolgsplan		
die Erträge	Euro	3.200.000
die Aufwendungen	Euro	4.200.000
die Verlustzuweisung	Euro	1.000.000
1.2 Im Vermögensplan		
die Einzahlungen	Euro	1.840.000
die Auszahlungen	Euro	1.840.000

2. Es werden festgesetzt:

2.1 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionsförderungs-

maßnahme	auf	Euro	0
2.2	der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen	auf	Euro 0
2.3	der Höchstbetrag der Kassenkredite	auf	Euro 800.000

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.2 Hansestadt Lübeck - Jahresabschluss 2014 Vorlage: VO/2019/07827

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1) Der Jahresabschluss 2014 mit einem „nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ von -95.802.155,44 € (Bilanz) wird gem. 95n Abs. 3 GO S-H zur Kenntnis genommen.

- 2) Der Jahresfehlbetrag von -152.659,91€ (Ergebnisrechnung) ist vorzutragen.

Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07645) wird zur Kenntnis genommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.3 Stiftung Vereinigte Testamente - Jahresabschluss 2011 Vorlage: VO/2019/07828
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1) Der Jahresabschluss 2011 mit einem Jahresüberschuss von 469.649,68 € (Ergebnisrechnung) wird gem. § 95 n Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.

- 2) Die negative Ergebnissrücklage in Höhe von 12.170,92 € wird aufgrund von Korrekturen an der Eröffnungsbilanz gem. § 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik zum 31.12.2010 mit der Allgemeinen Rücklage (Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied) verrechnet.

- 3) Dieser Jahresüberschuss wird anteilig (= 187.859,87 €) der **Freien Rücklage** sowie der **Zweckrücklage** (= 281.789,81 €) zugeführt. Die Berechnung ist in der Begründung erläutert.

Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07648) wird zur Kenntnis genommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.4 Stiftung Kriegsoferdank - Jahresabschluss 2012
Vorlage: VO/2019/07831

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2012 mit einem Jahresüberschuss von 44.664,78 € (Ergebnisrechnung) wird nach § 95 n Abs. 3 GO i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein zur Kenntnis genommen.
2. Dieser Jahresüberschuss wird anteilig (=3.725,57 €) der Freien Rücklage sowie in 2 Teilen der Zweckrücklage (=35.350,85 € + 5.588,36 €) zugeführt. Die Berechnung ist in der Begründung erläutert.
3. Die negative Ergebnissrücklage in Höhe von 766.375,83 € wird aufgrund von Korrekturen an der Eröffnungsbilanz gem. § 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik zum 31.12.2010 mit der Allgemeinen Rücklage (Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied) verrechnet.

Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07647) wird zur Kenntnis genommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.5 Stiftung Haus der Jugend - Jahresabschluss 2012
Vorlage: VO/2019/07858

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2012 der Stiftung Haus der Jugend mit einem Jahresüberschuss von 3.928,50 € (Ergebnisrechnung) wird gem. § 95 n Abs. 3 GO S.H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.

2. Dieser Jahresüberschuss wird in 2013 der Ergebnisrücklage zugeführt.

Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07646) wird zur Kenntnis genommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.6 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2018
Vorlage: VO/2019/07990**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2018 wird mit einer Bilanzsumme von € 3.668.745,57, einem Jahresfehlbetrag von € 3.202.331,32 und einem Bilanzverlust von € 3.187.069,23 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2018 in Höhe von € 3.187.069,23 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.7 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. §95 d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO) für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 315201 - SeniorInneneinrichtungen
Vorlage: VO/2019/07993**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Im Haushaltsjahr 2019 werden beim Produktsachkonto 3152015315000 SeniorInnenEinrichtungen – Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke 838.700,00 € zur Deckung des höheren Verlustes im Wirtschaftsjahr 2018 überplanmäßig gemäß § 95 d GO S-H bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen im Haushaltsjahr 2019 beim Produktsachkonto 312101000 5461100 SGB II – Leistungen Unterkunft und Heizung in Höhe von 838.700,00 €.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.8 Mietanpassung SeniorInnenEinrichtungen Heiligen-Geist-Hospital (HGH)
Vorlage: VO/2019/08059**

Herr Dr. Flasbarth weist darauf hin, dass bei der Kostenmiete Zinsen aufgeführt seien und hinterfragt, um was für Zinsen es sich handle.

Es spricht Herr Senator Schindler.

Herr Bürgermeister Lindenau sagt zu, dass eine Antwort kurzfristig schriftlich bis zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft nachgereicht werde.

Es sprechen im weiteren Verlauf erneut Herr Dr. Flasbarth und Herr Bürgermeister Lindenau.

Beschluss:

Die neue Miete für die SeniorInnenEinrichtung Heiligen-Geist-Hospital wird zum 01.01.2020 angepasst und beträgt p.a. 562.624,99 € (bisher 282.844,66 €).

Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

*Der Hauptausschuss leitet die Vorlage
einstimmig ohne Votum an die
Bürgerschaft weiter.*

**zu 5.9 Mietanpassungen der SeniorInnenEinrichtungen Dornbreite, Dreifelderweg,
Elswigstraße und Prassekstraße (Häuser der Stiftung Vereinigte Testamente
(VT))
Vorlage: VO/2019/08060**

Entsprechend der Vorlage unter TOP 5.8 ist besteht auch zu dieser Vorlage die offene Frage betreffend der aufgeführten Zinsen.

Der Hauptausschuss verfährt daher analog dem Vorgehen zu TOP 5.8.

Beschluss:

Die neue Miete für die SeniorInnenEinrichtungen Dreifelderweg, Prassekstraße, Dornbreite und Elswigstraße wird zum 01.01.2020 p.a. 1.307.724,15 € betragen (bisher 970.729,85 €).

Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

*Der Hauptausschuss leitet die Vorlage
einstimmig ohne Votum an die
Bürgerschaft weiter.*

**zu 5.10 Wirtschaftsplan 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)
Vorlage: VO/2019/08036**

Eine Nachfrage von Herrn Dr. Flasbarth betreffend die Übernahme von Planungsarbeiten durch die Trave GmbH für die Senioreneinrichtungen der Hansestadt Lübeck beantwortet

Herr Senator Schindler dahingehend, dass die Trave lediglich als erster Ansprechpartner für eine Beratung an zwei Nachmittagen gedient habe. Für das Jahr 2020 seien bisher keine weiteren Beratungen geplant.

Herr Dr. Flasbarth hinterfragt den Mehrwert für Bewohner städtischer Senioreneinrichtungen gegenüber Bewohnern von Einrichtungen gemeinnütziger Träger. Es diskutieren hierzu Herr Bürgermeister Lindenau, Frau Zunft, der Vorsitzende, Herr Senator Schindler und

Eine Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die Beauftragung des Gutachtens beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau dahingehend, dass derzeit die Aufstellung der konkreten Auftragsformulierungen erfolge.

Frau Hildebrand verlässt um 17:59 Uhr den Sitzungssaal.

Beschluss:

1. Es betragen

1.1	im Erfolgsplan	€
	die Erträge	25.072.200
	die Aufwendungen	28.548.800
	der Jahresgewinn	0
	der Jahresverlust	-3.476.600

1.2	im Vermögensplan	
	die Einzahlungen auf	671.500
	die Auszahlungen auf	671.500

2. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 0

2.1 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf 0

2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 3.900.000

3. die Stellenübersicht 2020 (Anlage 8) nebst Änderungsliste (Anlage 8a).

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2020 wird gemäß Anlagen 1-10 im Rahmen der Haushaltssatzung 2020 zugestimmt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.11 Wirtschaftsplan 2020 der Lübecker Schwimmbäder Vorlage: VO/2019/08090
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2020 für die Lübecker Schwimmbäder wird in der Fassung der Anlage 1 gemäß §5 Abs. 1 Nr. 6 der Eigenbetriebsverordnung festgestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.12 Vorlage zur überplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für die Nachfinanzierung des laufenden Geschäftsjahres 2019 der Theater Lübeck gGmbH
Vorlage: VO/2019/08111**

Frau Hildebrand tritt um 18:01 Uhr wieder in den Sitzungssaal ein.

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Zur Nachfinanzierung des laufenden Geschäftsjahres werden im Haushaltsjahr 2019 auf dem Produktsachkonto 261001000 5316000 Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige öffentliche Sonderrechnungen 950.000,-- Euro überplanmäßig bewilligt.

Die Deckung der überplanmäßig bewilligten Haushaltsmittel erfolgt aus dem Produktsachkonto 611001000 4013000 Steuern Allgemeine Zuweisungen, Allgemeine Umlagen, Gewerbesteuer.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 2 Enthaltungen), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.13 Änderung des Tarifs für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall
Vorlage: VO/2019/07869**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 4. Änderung des Tarifs für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall wird beschlossen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.14 Annahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 20.000,00 EUR für das Weihnachtswunderland (Kindereis-

bahn) im Jahr 2019
Vorlage: VO/2019/07941

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck für die Kindereisbahn des Weihnachtswunderlandes im Jahr 2019 in Höhe von 20.000,00 EUR wird angenommen.

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
gemäß Beschlussvorschlag.***

**zu 5.15 Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 80.000,00 EUR
für das Weihnachtswunderland im Jahr 2019**
Vorlage: VO/2019/07942

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 80.000,00 EUR für die Durchführung des Weihnachtswunderlandes im Jahr 2019 wird angenommen.

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
gemäß Beschlussvorschlag.***

**zu 5.16 Annahme von Zuwendungen der Possehl-Stiftung für den Wissensglobus
(35.000,00 EUR und 10.000,00 EUR), die Jugendberufsagentur (23.000,00 EUR)
und den Lübecker Wissenschaftspfad (39.000,00 EUR)**
Vorlage: VO/2019/08137

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die von der Possehl-Stiftung zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 35.000,00 EUR, 10.000,00 EUR, 23.000,00 EUR und 39.000,00 EUR werden angenommen.

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
gemäß Beschlussvorschlag.***

**zu 5.17 Freigabe für die Mehrkosten zur Umsetzung des 2. + 3. BA der Energetischen
Sanierung im Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, Ziegelstr. 38, 23556 Lübeck,
über 175.000,00 EUR**
Vorlage: VO/2019/07972

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1) Die aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvF/S_K03/47) mit rund 3,29 Mio. EUR bezuschusste Baumaßnahme des 2. + 3. BA der energetischen Sanierung wird mit weiteren Mehrkosten von 1.701.734,- EUR fortgesetzt. Die Projektgesamtkosten „Energ. Sanierung Trakt 4 + 1; 2. + 3. BA im C.-J.-Burckhardt Gymnasium“ (PSK: 111029 307 7851000) in Höhe von 5.791.174,- EUR werden um 1.701.734,- EUR aufgestockt (Hauptausschuss).
- 2) Im Haushaltsjahr 2019 wird für das Projekt „C.-J.-Burckhardt Gymnasium“ - PSK: 111029 307 7851000 - Gebäudemanagement – eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000,- EUR zu Lasten des Haushaltsjahres 2020 gem. § 95 f Abs. 1 GO SH außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.
Die Deckung erfolgt aus dem PSK: 111029 356 7851 - Domschule, Grundinstandsetzung - Gebäudemanagement (Bürgerschaft).

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu 1) und empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu 2) zu entscheiden.

zu 5.18 Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Erneuerung der Weiche 92 Vorlage: VO/2019/07995
--

Auf Nachfrage von Herrn Stolzenberg teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass der Bauausschuss einstimmig beschlossen habe, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Beschluss:

Mit der Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Erneuerung der Weiche 92 wird begonnen.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

zu 5.19 Projektfreigabe zur Umsetzung der Sanierung der GGS Julius-Leber-Schule, Marquardplatz 7, 23554 Lübeck, über 175.000,00 EUR Vorlage: VO/2019/08071
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Erteilung der Projektfreigabe auf der Grundlage der EW-Bau zur Fortsetzung der Planung der Instandsetzung und anschließende Durchführung der Arbeiten.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

zu 5.20 Bebauungsplan 22.04.00 - Buntekuh / Pinassenweg - Satzungsbeschluss

Herr Stolzenberg berichtet, dass er darauf aufmerksam gemacht worden sei, dass einige Anregungen von Privaten im Rahmen des Bauleitverfahrens keine Berücksichtigung gefunden hätten. Insbesondere betreffe dies die vorhandene Jugendfreizeiteinrichtung.

Frau Schopenhauer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Eigentümer der Ladenzeile im Pinassenweg zugesichert habe, dass der jetzige Jugendtreff die Einrichtung weiter nutzen könne.

Herr Stolzenberg begrüßt die gute Vereinbarung, bemängelt jedoch gleichzeitig die damit geschaffene Abhängigkeit von Privaten. Im Rahmen des Bebauungsplanes hätte die Gelegenheit bestanden, entsprechende Vorgaben zu schaffen.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.21 Lübeck "Altstadt" - Planerische Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme im Städtebauförderungsprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz"
Vorlage: VO/2019/08079

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Die Vorbereitende Untersuchung (VU) und das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (IEK) werden zur einheitlichen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Altstadt“ Lübeck beschlossen und der weiteren Umsetzung im Städ-

tebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ verbindlich zu Grunde gelegt.

Die aus dem IEK abgeleitete räumliche Abgrenzung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Altstadt“ Lübeck wird als Sanierungssatzung gemäß §142 (3) BauGB beschlossen. Die Sanierung soll in den, nach Inkrafttreten der Satzung, folgenden 15 Jahren durchgeführt werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.22 Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2019 zur Zahlung der unstrittigen Beträge der Teilschlussrechnungen für die Brücken St.-Lorenz und Roter Löwe
Vorlage: VO/2019/08107**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Im Haushaltsjahr 2019 werden in den Produkten

- 542001.076.785200 – Kreisstraßen – St.-Lorenz-Brücke, Auszahlung aus Tiefbaumaßnahmen, und
- 544001.040.785200 – Bundesstraßen – Straßenbrücke Roter Löwe, Auszahlung aus Tiefbaumaßnahmen,

für die Zahlung der unstrittigen Beträge der Teilschlussrechnungen für die Ersatzneubauten der St.-Lorenz-Brücke und der Brücke Roter Löwe gem. § 95 d (1) Gemeindeordnung für Schleswig- Holstein Haushaltsmittel in Höhe von 896.100,00 € außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus dem Produktsachkonto 553001.029.7851000 Vorwerker Friedhof / Werkplatz.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.23 Freigabe zur Fortführung der Maßnahmen der Brandschutz- und Elektrosanierung in den Liegenschaftsstandorten B. Schröder-Schule und E.-Geibel-Schule über 175.000,- EUR sowie außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2019
Vorlage: VO/2019/08123**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Im Haushaltsjahr 2019 werden für folgende Projekt Verpflichtungsermächtigungen in einer Gesamthöhe von 860.000 EUR zu Lasten des Haushaltsjahres 2020 gem. § 95 f (1) i.V.m. § 95 d (1) GO SH außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

B. Schröder-Schule	360.000,- EUR
E. Geibel-Schule	500.000,- EUR

Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung auf dem Produktsachkonto 552001.554.7851000 – Bau von zwei Papierhallen am Skandinavienkai.

2. Die Fortsetzung der Maßnahmen „Brandschutz- und Elektrosanierungen der Standorte B. Schröder-Schule und E. Geibel-Schule“ wird freigegeben.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.24 Projektfreigabe des Projektes neue Beschallungsanlage und Sicherheitsabdeckung Stabhochsprung Buniamshof und Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung der OzD in ein Gesundheitszentrum über 175.000,00 Euro
Vorlage: VO/2019/08028**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Projektfreigabe des Projektes neue Beschallungsanlage und Sicherheitsabdeckung Stabhochsprung Buniamshof und Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung in der OzD in ein Gesundheitszentrum, als direkt in Zusammenhang stehende Sportstätten, über 175.000,00 Euro wird erteilt.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

**zu 5.25 Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen
Vorlage: VO/2019/08002**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Nach erfolgter Abstimmung wird durch Herrn Steffen angemerkt, dass es noch offenen Fragen zu dieser Vorlage aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses gebe. Herr Senator Schindler beantwortet die offenen Fragen wie folgt:

Es gab insgesamt 31 Verpflichtungserklärungen.

Es handelt sich um 22 Verpflichtungsgeber.

Auf 3 Verpflichtungsgeber trifft das Merkmal zu, dass diese nicht ausreichend finanziell leistungsfähig gewesen seien.

Weiterhin weist Herr Senator Schindler darauf hin, dass am 20.09.2019 noch drei weitere Fragen nachgereicht worden seien. Eine Beantwortung der nachgereichten Fragen bis zur heutigen Sitzung sei nicht möglich gewesen. Herr Senator Schindler sagt zu, die ausstehenden Antworten in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft mündlich vorzutragen.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck schließt sich der Weisung 201903003 der Bundesagentur für Arbeit vom 01.03.2019 - Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme - auf der Grundlage des Schreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29. 1. 2019 an.

zu 5.26 Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung dem TOP NEU 8.3 zugeordnet.

- Protokollierung siehe unter TOP 8.3 -

**zu 5.27 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Produkt Rettungsdienst
Vorlage: VO/2019/08144**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Beim Produktsachkonto 127001.000.5458000 - "Rettungsdienst / Erstattung für Aufwendungen von Dritten, übrige Bereiche" werden für das Haushaltsjahr 2019 1.050.000 € zur Deckung von Mehraufwendungen überplanmäßig gem. § 95 d GO bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus Einsparungen bei den Personalkosten beim Produktsachkonto 126001.000.50xxxxx – „Gefahrenabwehr / Personalaufwendungen“.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Gendergerechte Sprache
Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 24.06.2019**

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung dem TOP NEU 8.2 zugeordnet.

- Protokollierung siehe unter TOP 8.2 -

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

**zu 8.1 Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung
Vorlage: VO/2019/07898**

Es spricht Herr Stolzenberg.

Frau Senatorin Hagen teilt mit, dass bei zukünftigen Verträgen die Anmerkungen des Frauenbüros Berücksichtigung finden.

Beschluss:

Beschluss der Bürgerschaft vom 28.02.2019 zu Punkt 10.5, VO/2019/06862:

Die Lübecker Bürgerschaft spricht sich gegen diskriminierende und sexistische Werbung aus. Derartige Werbung darf keinen Platz haben auf städtischen Werbeanlagen. Die diesbezüglichen Empfehlungen und Richtlinien des Deutschen Werberats sind bei der Nutzung städtischer Werbeanlagen zu beachten.

Der Bürgermeister wird gebeten, der Lübecker Bürgerschaft zu berichten, welche Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung mit der Firma Wall und anderen Firmen, die die Werbeflächen der Hansestadt Lübeck und der städtischen Gesellschaften vermarkten, getroffen wurden.

***Der Hauptausschuss nimmt den Bericht
zur Kenntnis.***

**zu 8.2 Gendergerechte Sprache
Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 24.06.2019
Vorlage: VO/2019/07922**

Herr Bürgermeister Lindenau teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die Vorbereitung einer entsprechenden Dienstanweisung bereits erfolgt sei. Eine Umsetzung könnte kurzfristig erfolgen.

Es diskutieren im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortmeldungen – Herr Krause, Frau Zunft, Herr Steffen, Frau Sasse, Frau Zunft und Herr Stolzenberg.

Herr Bürgermeister Lindenau sagt zu, die Dienstanweisung nach Inkrafttreten dem Hauptausschuss zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Dienstanweisung enthalte eine Handreichung mit Hinweisen und Beispielen zur gender-

gerechten Schreibweise, welche den Fraktionsbüros zur Verfügung gestellt werden könne.

Es diskutieren im weiteren Verlauf Herr Steffen, Frau Hildebrand, der Vorsitzende, Herr Böhm und Herr Dr. Flasbarth.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen, alle Anträge gendergerecht zu formulieren. Auch auf städtischen Veranstaltungen, bei denen Grußworte gehalten werden, soll gendergerechte Sprache verwendet werden.

***Der Hauptausschuss nimmt den Antrag mehrheitlich
(9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen) an.***

zu 8.3 Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020 Vorlage: VO/2019/08009
--

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass es sich bei der Summe in Höhe von ca. 130.000 Euro um einen einmaligen Zuschuss handle. Einmalige Zuschüsse unterliegen nicht dem Konsolidierungsfond. Zudem handle es sich bei dem Projekt „Lübecker Stadtmütter“ um ein Projekt der Migration- und Flüchtlingsarbeit. Projekte der Migrations- und Flüchtlingsarbeit seien derzeit grundsätzlich beim Konsolidierungsfond ausgeschlossen, sodass dieser Beschluss den Konsolidierungsfond nicht belasten werde. Bei Zustimmung werde eine nachträgliche haushaltmäßige Ordnung erfolgen.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Dr. Flasbarth, Herr Stolzenberg, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Steffen.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Verein "Lübecker Stadtmütter e.V." im Haushaltsjahr 2020 einmalig 128.100 Euro für das dort laufende Integrationsprojekt zur Verfügung zu stellen.
2. Die Finanzierung dieser freiwilligen und zusätzlichen Maßnahme in Höhe von 128.100 € wird im Rahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses zum Haushalt 2020 bei dem Produktsachkonto 331001000 5318001000 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege, Zuschüsse für laufende Zwecke soziale oder ähnliche Einrichtungen durch die Bürgerschaft beschlossen.
3. Über eine weitere Finanzierung über 2020 hinaus wird im Rahmen der neu abzuschließenden Budgetverträge ab 2021 neu zu verhandeln sein.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag
zu entscheiden.***

zu 9 Verschiedenes

zu 9.1 NEU: mündliche Anmerkung des AM Rathcke (FDOP) betreffend die Teilnahme des Seniorenbeirates an nichtöffentl. Sitzungen

Herr Rathcke teilt mit, dass die Teilnahme des Seniorenbeirates an den nichtöffentlichen Teilen der Sitzungen in den jeweiligen Fachausschüssen unterschiedlich gehandhabt werde. Er bittet hierzu um eine klare Positionierung des Bereiches Recht.

Frau Voskuhl weist darauf hin, dass durch den Hauptausschuss bereits im Jahr 2002 ein geeignetes Verfahren beschlossen worden sei.

Der Vorsitzende sagt zu, dass das entsprechende Schreiben über das Büro der Bürgerschaft allen Ausschussgeschäftsführern übersandt werde.

Es sprechen Herr Krause und Herr Cladow.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:46 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

Lübeck, den 8. Oktober 2019

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung